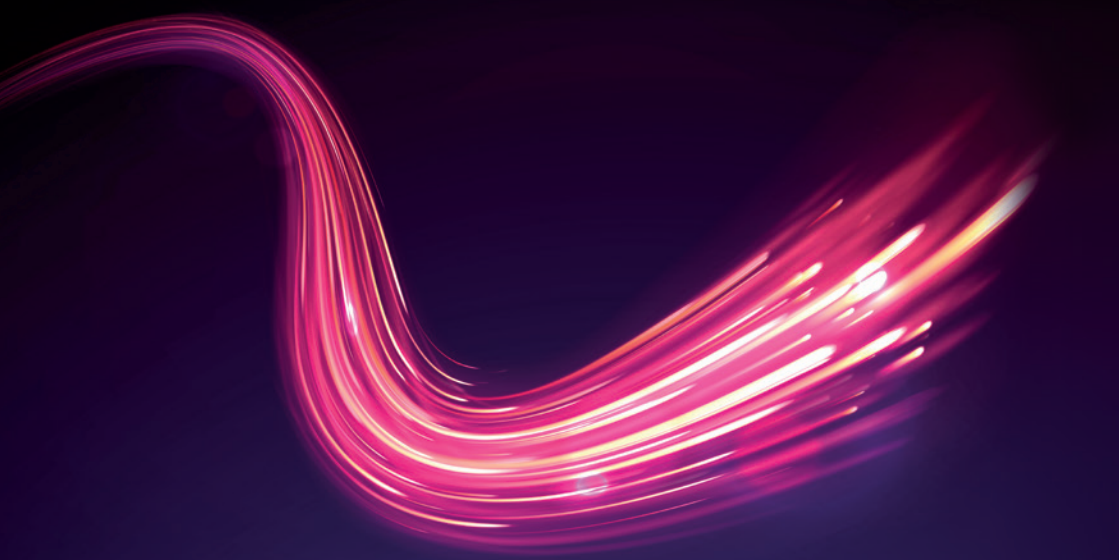
DIE FAMILIEN UNTERNEHMER

ASU

8 LEITLINIEN DER ENERGIEPOLITIK

Prinzipien von DIE FAMILIENUNTERNEHMER insbesondere mit Blick auf den Stromsektor



» Die Energiewende ist machbar. Der Wettbewerb muss dabei aber ein zentrales Element sein. «

ÜBERBLICK

1. Marktwirtschaft vor Planwirtschaft

Die energiepolitischen Zielvorgaben trifft die Politik. Die Wege zum Ziel müssen aber durch unternehmerische Entscheidungen innerhalb eines marktwirtschaftlichen Ordnungsrahmens frei gewählt werden können. Unternehmerische und betriebswirtschaftlich verantwortbare Entscheidungen müssen Vorrang vor politisch motivierten Einzelbestimmungen haben. Wir fordern eine Entpolitisierung wirtschaftlicher Entscheidungsfindungen im Rahmen der Energiewende.

2. Rationalität vor Ideologie

Energiepolitik muss sich an realistischen und volkswirtschaftlich sinnvollen und umweltverträglichen Zielen ausrichten. Dazu muss ein möglichst breiter gesellschaftlicher Konsens gefunden werden.

3. Energieeffizienz vor Netzstrukturen vor Leistungsausbau

Der beste Weg, die Energiewende erfolgreich zu gestalten, sind Energieeffizienz- oder Energievermeidungsmaßnahmen. Objektive Energieeffizienzkennziffern müssen zwingend Einzug in die Analyse finden. Zusätzlich muss vor der weiteren Errichtung von Anlagen zur regenerativen Stromerzeugung von den Betreibern sichergestellt werden, dass der Strom auch zu den Verbrauchern gelangt. Hier brauchen wir eine Kopplung des Ausbaus erneuerbarer Energien an den parallelen Ausbau der erforderlichen Netze mit Kostenbeteiligung der Anlagenbetreiber, intelligenten Steuerungsmechanismen und dem Ausbau der erforderlichen Speicherkapazitäten.

4. Wettbewerb vor Preisfestlegungen

Preisfestlegungen müssen zurückgeführt bzw. ausgeschaltet werden, Wettbewerb durch den Markt ist auf Basis von Mengenzielen zuzulassen. DIE FAMILIENUNTERNEHMER fordern einen schnellen schrittweisen Abbau des EEG.

5. Klimaschutz vor Branchenschutz

Der Klimaschutz ist das eigentliche Ziel. Der gelenkte Ausbau der Erneuerbaren ist reine Industriepolitik und lediglich ein Weg neben der Energieeffizienz und -vermeidung zu einem effizienten Klimaschutz. DIE FAMILIENUNTERNEHMER fordern das Primat des Emissionshandels.

6. Dezentraler Ausbau von intelligenten Energiekonzepten vor zentralen Kapazitätserweiterungen

Regionale Initiativen bieten Bürgern, Handwerksbetrieben und regionalen Unternehmen sowie auch partiell Kommunen die Möglichkeit zur Teilhabe an der Energiewende. Die Wertschöpfung bleibt in der Region und fließt nicht in die Hände anonymer Großkonzerne. Private Unternehmen und Bürgerbeteiligungen sind dabei fremdfinanzierten kommunalen Tochterunternehmen überlegen. Der Staat als Unternehmer ist kein Weg für eine erfolgreiche Energiewende.

7. Versorgungssicherheit vor volatilen Stromerzeugungsanlagen

Jede Anlage zur Stromerzeugung, gleich welcher Art, muss sich am Kriterium der Versorgungssicherheit messen lassen oder sich über eine Umlage an den Kosten der Leistungsbereitschaft beteiligen. Gesamtwirtschaftlich müssen die Sicherung einer dauerhaft verfügbaren Stromversorgung und wettbewerbsfähiger Preise auch im internationalen Vergleich die Benchmark für eine erfolgreiche Energiewende sein.

8. Fairer Belastungsabbau vor partikularen Ausnahmeregelungen

Statt Stufen- und Ausnahmeregelungen weiter auszubauen, muss ein fairer Belastungsabbau angestrebt werden, der sich am prozentualen Anteil der Kosten der zum Produktionsprozess benötigten Energie in den jeweiligen Unternehmen orientiert. Die reine Unternehmensgröße sowie die reine Höhe des Energieverbrauches dürfen kein Kriterium für Entlastungen sein. DIE FAMILIENUNTERNEHMER fordern einen gleichmäßigen Belastungsabbau auch für kleine und mittelständische Unternehmen vor wettbewerbsverzerrender Privilegierung.

8 LEITLINIEN DER ENERGIEPOLITIK

Prinzipien von DIE FAMILIENUNTERNEHMER insbesondere mit Blick auf den Stromsektor

1. Marktwirtschaft vor Planwirtschaft

Die Definition von Zielen ist im Bereich der Klima- und Energiepolitik zweifelsfrei der Politik vorbehalten. Sicher gibt es Meinungsunterschiede bei der Zielsetzung, aber grundsätzlich steht es der demokratisch legitimierten Regierung frei, ihre Vorstellungen in bestimmten Zielvorgaben zu manifestieren.

Im Bereich der Energiepolitik geht die Politik aber einen großen Schritt weiter und greift konkret in die wirtschaftlichen Vorgänge ein, statt sich auf die Schaffung eines konsistenten und zielführenden Rechtsrahmens zu beschränken. Leittechnologien werden identifiziert, Renditen und Preise festgelegt, Förderinstrumente ideologisch ausgestaltet. Unternehmen sollen pauschal zu Einsparungen verpflichtet werden, ohne Rücksicht auf Vorleistungen, Branche oder Effizienzkennziffern.

Die Energiepolitik bedarf aufgrund des Netzes (natürliches Monopol) einer gewissen Regulierung. Die vielen planwirtschaftlichen Ansätze lassen der unternehmerischen Entscheidung jedoch keinen Raum mehr. Dabei weiß doch gerade der Unternehmer, wie sich Märkte und Techniken entwickeln, welche Investitionen Sinn machen und wie sich bestimmte Ziele verwirklichen lassen.

Diese unternehmerischen Initiativen zu stärken, ist eine der wesentlichen Aufgaben der künftigen Energiepolitik. In den folgenden Thesen werden einige Aspekte aufgeführt, die dazu einen Beitrag leisten können.

Festzuhalten bleibt in jedem Falle, dass sich die Energiepolitik an den rechtlichen Vorgaben (Verfassung) und auch an betriebswirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Gesetzmäßigkeiten orientieren muss. Ein klarer ordnungspolitischer Rahmen, der die Zielerreichung sicherstellt, aber eben auch Staatseingriffe vermeidet, ist dazu das geeignete Instrument.

Subventionen hingegen sind nur zeitweilig zu gewähren. Ein konsequenter Abbaupfad muss von Anfang an implementiert werden.

2. Rationalität vor Ideologie

DIE FAMILIENUNTERNEHMER vermissen die erforderliche Sachlichkeit in der politischen Debatte. Jüngstes Beispiel sind die von der Regierungskoalition angestrebten Kürzungen der Solarförderungen. Die Gegner riefen nach der Ankündigung sofort das Ende der Energiewende aus. Aber ist diese Gefahr wirklich gegeben?

Der Photovoltaik-Ausbau übersteigt bei weitem das von der Regierung angestrebte Volumen. Trotz der angekündigten Kürzung sagen einige Experten auch für das Jahr 2012 massive Neubauten voraus.

Ferner ist die Photovoltaik einer der größten Preistreiber der EEG-Umlage. Es drohen immense Belastungen – insbesondere der mittelständischen Industrien. Gerade diese Industrien und Familienunternehmen machen aber durch ihre innovativen Produkte die Energiewende erst möglich.

Ferner müssen wir alle uns doch auf die eigentlichen Ziele, Klimaschutz, Unabhängigkeit aber auch Versorgungssicherheit und Wettbewerb besinnen. Auch hier ist der überstürzte Ausbau der erneuerbaren Energien nicht immer zielführend.

Besonders dann nicht, wenn der erzeugte Strom nicht zu den Verbrauchern gebracht werden kann. Bezahlt werden muss der nicht genutzte Strom laut geltendem Recht von diesen aber trotzdem.

Diese Argumente in einer Debatte anzuführen, bringt einem jedoch sofort den Ruf eines ewig Gestrigen ein, der die alte Monopolwelt wieder herstellen will. Um die Energiewende erfolgreich zu meistern, benötigen wir aber mehr Rationalität und eine klare Ausrichtung an den volkswirtschaftlich sinnvollen und umweltrelevanten Zielen. Diese könnten zum Beispiel sein: CO_2-Vermeidung mit den günstigsten Mitteln, Wettbewerb zur Herstellung von Effizienz, Ökostrom nur da, wo er auch nutzbar ist, Grundlastfähigkeit der Erneuerbaren ausbauen. Das hat mit einer Rückkehr zu den alten Strukturen rein gar nichts zu tun.

Und: Die Grundlage der Energiewende und die Stärke Deutschlands – die vielen Familienunternehmen und energieintensiven Unternehmen z. B. in der chemischen Industrie oder im metallverarbeitenden Gewerbe – dürfen durch ideologische Zielsetzungen und Privilegierungen nicht gefährdet werden.

Ohne sie werden wir im internationalen Wettbewerb das Nachsehen haben und unsere Vorreiterrolle im Bereich der erneuerbaren Energien verlieren.

Ein weiterer Aspekt ist die bisher unrühmliche Rolle der Bundesländer. Auch diese müssen in Zukunft ihren Beitrag leisten und sich den übergeordneten nationalen und europäischen Zielen anpassen. Eine Blockadehaltung – aus parteipolitischen Überlegungen oder bundeslandspezifischen Vorteilen – ist für die Zukunft nicht mehr tragbar. Hier gilt es Netzwerke zu schaffen, die die Zusammenarbeit koordinieren und die Instrumente zum Erreichen des gemeinsamen Ziels anzupassen.

Ferner wird sich die Energiepolitik langfristig als stabiler erweisen, wenn ein möglichst breiter gesellschaftlicher Konsens als Grundlage für die Zielstellungen dient.

3. Energieeffizienz vor Netzstrukturen vor Leistungsausbau

Bevor der Ausbau der Erneuerbaren oder der Netze weiter forciert wird, gilt es, die Möglichkeiten in der Energieeffizienz bzw. bei Energieeinsparungen viel stärker auszuschöpfen, als dies im Moment der Fall ist. Die Politik ist hier gefordert, ein marktwirtschaftliches Anreizsystem zu schaffen, das den Anforderungen gerecht wird. Das darf keinesfalls zu einem staatlichen Zwang auf der Unternehmensebene führen.

Um dies zu gewährleisten, müssen auch Vergleichskriterien anhand quantitativ und qualitativ aussagekräftiger Kennziffern erfolgen.

Im zweiten Schritt können dann intelligente Netzstrukturen einen großen Beitrag leisten. Durch funktionale Speicher in der Industrie, abschaltbare Lasten und der Zusammenschaltung von verschiedenen Anlagen zur Stromerzeugung lässt sich ein großer Gewinn für die Energiewende erzielen.

Erst dann kann der Netzausbaubedarf – auch auf überregionaler Ebene – genau beziffert werden.

Als Kriterium für die Errichtung von Anlagen zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien fordern DIE FAMILIENUNTERNEHMER die Sicherstellung des Bedarfs auf Seiten der Nachfrager. So müssten die

Anlagenbetreiber/Energieversorgungsunternehmen sicherstellen, dass der produzierte Strom auch den Verbraucher erreicht.

Auch hier gilt: Regional vor zentral.

Grundsätzlich ist es erforderlich, den Ausbau der erneuerbaren Energien nur soweit voranzutreiben, wie auch der Netzausbau – sowohl flächenmäßig als auch steuerungstechnisch (smart) – voranschreitet. Langfristig müssen die Erneuerbaren auch die Versorgungssicherheit gewährleisten können, so dass auch die Verzahnung mit Speichertechnologien sichergestellt werden muss. Auch Anlagen zum Eigenverbrauch können einen großen Beitrag leisten und werden mit steigenden Strompreisen und sinkenden Kosten für die Errichtung zunehmend attraktiv.

4. Wettbewerb vor Preisfestlegungen

Die Ausschaltung des Preismechanismus ist wohl einer der gravierendsten ordnungspolitischen Sündenfälle der Energiepolitik.

Sicher ist eine Anschubfinanzierung der erneuerbaren Energien akzeptabel gewesen, um die Technik im Markt zu etablieren und die Möglichkeiten auszuloten. Die fortdauernde Ausschaltung jeglichen Wettbewerbs führt jedoch zu enormen Wettbewerbsverzerrungen und steigenden Kosten für die Verbraucher. Letztlich wird die Energiewende so auch die Akzeptanz der Bürger verlieren.

Die Festlegung der Preise anhand der Kosten begünstigt auch ineffiziente Technologien. Der Umstrukturierung der Energielandschaft wird so ein Bärendienst erwiesen. Langfristig werden die Techniken, die sich am Markt nicht behaupten können, ausscheiden müssen. Die Subventionen waren dann umsonst. Es muss ein Marktdesign entstehen, in dem alle Anlagen die gleichen Chancen haben – selbstverständlich unter Einbeziehung aller externen Kosten in die Preise (Preistransparenz).

DIE FAMILIENUNTERNEHMER fordern einen schnellen und schrittweisen Abbau des EEG.

5. Klimaschutz vor Branchenschutz

DIE FAMILIENUNTERNEHMER bemängeln auch eine ideologische Ausrichtung der Politik an falschen Zielen. Die eigentlichen Ziele sind Klimaschutz, Wettbewerb im Energiesektor und die Unabhängigkeit von fossilen Ressourcen – aber eben auch die Versorgungssicherheit und wettbewerbsfähige Preise. In Deutschland wird das jedoch stark vermischt mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien. Dabei gibt es auch andere Wege zu einem effizienten Klimaschutz und Energieeinsparungen, die einen großen Beitrag leisten können.

Sollte es nicht zum Beispiel das Ziel sein, mit den gegebenen finanziellen Ressourcen so viel CO_2 wie möglich einzusparen? Müsste das nicht das Kriterium schlechthin sein? Sollte man nicht auf Basis von klar definierten Mengenzielen den Wettbewerb um die beste Lösung den Unternehmen überlassen?

Stattdessen fördert und schützt die derzeitige Gesetzgebung den reinen Leistungsausbau der erneuerbaren Energien zu hohen Kosten und nimmt auch Risiken für die Netzstabilität und die Benachteiligung wesentlich effizienterer Techniken in Kauf. So gibt es in vielen Unternehmen – nicht in allen Unternehmen und Branchen - noch Potenziale zu Effizienzsteigerungen und Energieeinsparungen, die relativ günstig ausgeschöpft werden können. Ohne staatlichen Zwang. Hier hilft oft schon Aufklärung. Aber dies wird kaum berücksichtigt.

Diesen Weg einer planwirtschaftlichen Vorfestlegung auf bestimmte Technologien und deren Schutz weiter zu beschreiten, ist fatal. So werden die ambitionierten Ziele der Energiewende entweder gar nicht oder mit zu hohen Kosten erreicht und in der Regel viel später als ursprünglich gedacht. Das kann nicht im Sinne der Politik sein und auch nicht im Sinne der deutschen Verbraucher. Hier baut sich eine enorme soziale Sprengkraft auf, da insbesondere die relativ einkommensarmen Haushalte durch das EEG benachteiligt werden.

Die erneuerbaren Energien leisten einen großen und wichtigen Beitrag. Die Weichen müssen aber so gestellt werden, dass sie das auch in Zukunft und vor allem in Kombination mit anderen Elementen in einem marktwirtschaftlichen Rahmen leisten können.

Dazu gilt es, den Emissionshandel als Klimaschutzinstrument systematisch zu verstärken (Verwaltung, Abwicklung, Handel). Dieses System ist marktkonform und muss das prioritäre Instrument sein.

6. Dezentraler Ausbau von intelligenten Energiekonzepten vor zentralen Kapazitätserweiterungen

Die Akzeptanz ist ein wichtiger Baustein für die erfolgreiche Bewältigung der energiepolitischen Aufgabenstellung. DIE FAMILIENUNTERNEHMER sehen daher einen entscheidenden Vorteil in regionalen und dezentralen Konzepten bei der Umsetzung der Energiewende. Die Partner sind vor Ort, Initiativen und Verträge können persönlich abgesprochen werden. Ferner bieten diese Konzepte die Möglichkeit, intelligente Maßnahmen zu ergreifen und individuell an die örtlichen Gegebenheiten anzupassen. Die bundesstaatlichen Interventionen und Gesetzgebungen bieten diesen Vorteil nicht.

Ein weiterer Aspekt: Stärkt die Politik dezentrale und regionale Konzepte, lässt sich auch der nötige Netzausbau minimieren.

Die Wertschöpfung bleibt in der Region und die Bürger haben einen sichtbaren Effekt durch Arbeitsplätze, kommunale Steuereinnahmen und eventuell auch finanzielle Vorteile. Regionale Unternehmen und Handwerker haben so einen spürbaren Profit aus der Umsetzung der Ziele der Bundespolitik. Das ist eine Situation, die sowohl dem Klimaschutz als auch der Region einen Gewinn bringt.

Vereinfacht wird das durch die persönlichen Kontakte vor Ort, die Kenntnis der geographischen Gegebenheiten und das Vertrauen der Menschen untereinander. Die sozialen Bindungen ermöglichen in Regionen oft Konzepte und Initiativen, die in der Fläche Deutschlands aufgrund der Furcht vor Nachteilen so nicht möglich sind.

Die Vernetzung und Zusammenarbeit der handelnden Akteure (Stadtwerke, Bürger, Unternehmen, evtl. E-Mobilität, Wohnungs- und Hausbau) ist nach Ansicht von DIE FAMILIENUNTERNEHMER in regionalen Gemeinschaften leichter möglich.

Das darf aber nicht dazu führen, dass der Staat in Form von kommunalen Unternehmen selbst als Akteur der Wirtschaft in Erscheinung tritt. Die kommunalen Instanzen können als Vermittler und Moderator in Erscheinung treten. Der Staat als Unternehmer hingegen generiert in den allermeisten Fällen nur Nachteile und finanzielle Einbußen für die Bürger.

DIE FAMILIENUNTERNEHMER ermutigen alle Akteure, für den Aufbau und die Einbindung von erneuerbaren Energien in regionalen Initiativen und Konzepten zu werben. Gleichwohl sind auch zentrale Kapazitäten nötig, die aber auf ein möglichst geringes Maß begrenzt werden sollten. Diese zur Versorgungssicherheit notwendigen zentralen Kapazitäten müssen jedoch mit Nachdruck durchgesetzt werden. Diese sollten jedoch in einem europäischen Ansatz verwirklicht werden anstatt rein national. So wird eine Vielzahl von Ressourcen eingespart. Und das ist ja ein großes Ziel der deutschen und europäischen Politik.

7. Versorgungssicherheit vor volatilen Stromerzeugungsanlagen

Die stetige Verfügbarkeit von Energie ist ein wichtiger Faktor für die Stärke der deutschen Volkswirtschaft und der deutschen Industrie. Auch in Zukunft muss die Versorgungssicherheit gewährleistet werden.

Die Politik hat in der Vergangenheit den Fehler gemacht, die Förderung ausschließlich an der installierten Leistung festzumachen. Erst langsam beginnt ein Umdenken.

Zukünftig gilt es, die Weichen für eine Integration der erneuerbaren Energien in den Markt zu stellen und Anreize für einen verstärkten Beitrag schwankender erneuerbarer Energieerzeugung zur Versorgungssicherheit zu etablieren.

Das könnte über Umlagemechanismen gestaltet werden oder auch über die intelligente Vernetzung verschiedener Anlagen zur Erzeugung von Strom aus regenerativen Quellen.

Selbstverständlich benötigt diese Umstellung eine gewisse Zeit. Aber die Weichen müssen bereits jetzt gestellt werden. Ein weiter wachsender Anteil an erneuerbaren Energien ohne die Gewährleistung der hohen Versorgungssicherheit in Deutschland wäre jedenfalls ein fatales Signal für den Wirtschaftsstandort.

Auch die Sicherung wettbewerbsfähiger Preise lässt sich nach Ansicht von DIE FAMILIENUNTERNEHMER durchaus mit den Zielen der Energiewende vereinbaren. Nur muss dazu der bisherige gesetzgeberische Rahmen entsprechend geändert werden.

Wettbewerbsfähige Preise und die Sicherung einer dauerhaft verfügbaren Energieversorgung stellen einen Grundpfeiler für den Wirtschaftsstandort Deutschland und somit auch die Basis für eine erfolgreiche Energiewende dar.

8. Fairer Belastungsabbau vor partikularen Ausnahmeregelungen

Gerade wir, DIE FAMILIENUNTERNEHMER, haben durch unsere Mitgliederstruktur, die über alle Branchen und Größenklassen verteilt ist, einen guten Blick auf die gesamte Wirtschaft. Das befähigt uns dazu, Wettbewerbsverzerrungen in der Gesetzgebung genau zu identifizieren.

Im Bereich der Energiepolitik fallen uns dabei besonders die Ausnahmeregelungen bzw. Stufenregelungen auf, die größere Unternehmen bevorzugen.

Die Politik beschwört oft den deutschen Mittelstand als Rückgrat der Wirtschaft, handelt aber in der Energiepolitik – und auch in anderen Politikfeldern – anders. Hier werden Belastungen von den großen Unternehmen hin zu den Mittelständlern umgeschichtet.

DIE FAMILIENUNTERNEHMER fordern hier einen fairen Abbau der Belastungen. Dabei wäre es denkbar, im ersten Schritt nur die Produktionsprozesse – Stichwort: Prozessenergie – als entlastungsfähig zu definieren. Im zweiten Schritt könnte die Entlastung am Anteil der Energiekosten im Verhältnis zu einer sinnvollen betriebswirtschaftlichen Größe (z. B. der Bruttowertschöpfung) gesetzt werden, um diese als Entlastungskriterium zu nutzen.

So kann eine faire Verteilung der Belastung auf alle Unternehmen erreicht werden. Es reicht nicht, große Konzerne zu privilegieren und dem starken deutschen Mittelstand nach und nach die Wettbewerbsfähigkeit zu entziehen – mit den entsprechenden negativen Folgen für Arbeitsplätze, Ausbildungsplätze, Investitionen und Krisenprävention. Wer ein starkes deutsches Unternehmertum aufrechterhalten will, muss den Reden auch Taten folgen lassen und darf sich nicht auf die Großkonzerne beschränken.

AUSBLICK

Die Energiewende ist machbar. DIE FAMILIENUNTERNEHMER fordern aber eine frühzeitige, marktwirtschaftliche Weichenstellung, die sich auf den Schutz des Klimas, die Versorgungssicherheit und wettbewerbsfähige Preise konzentriert. Die Umstrukturierung des Energiesektors wird ferner nur mit einer Einbindung der erneuerbaren Energien in marktwirtschaftliche Mechanismen möglich sein. Der Wettbewerb muss ein zentrales Element sein.

Wenn die Marktwirtschaft in der Energiepolitik stärkeres Gewicht erhält, werden die Unternehmer auch stärker an neuen Möglichkeiten arbeiten und bereits begonnene Forschungsarbeiten zur Marktreife bringen. Es gibt diverse neue Ansätze, die derzeit noch in den Kinderschuhen stecken, mit den richtigen marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen aber ihren Beitrag leisten können und werden. Zu nennen wären hier zum Beispiel Brennstoffzellen, die »Power-to-Gas«-Technologie und langfristig könnte auch die Kernfusion eine Option darstellen. Natürlich gibt es noch weitere Technologien, deren Nutzung sich heute vielleicht noch niemand vorstellen kann. Dazu muss aber die teils technikfeindliche Einstellung in Deutschland aufgegeben werden.

DIE FAMILIENUNTERNEHMER haben bereits in der Vergangenheit viele Energieeffizienzmaßnahmen realisiert und durch ihre Produkte einen Beitrag zur Umstrukturierung des Energiesektors geleistet. Mit den richtigen ordnungspolitischen Rahmenbedingungen können und werden wir das auch in Zukunft leisten. Allerdings ist nun auch die Politik gefordert, diese Rahmenbedingungen zu schaffen, um so der Energiewende zum Erfolg zu verhelfen.

Die Energiewende ist zweifelsfrei ein einzigartiges Experiment. Kein Industrieland verfolgt einen ähnlich massiven Umbau der Energieversorgung und versucht gleichzeitig den industriellen Sektor nicht zu beschädigen. Dieser Weg birgt nach Einschätzung von DIE FAMILIENUNTERNEHMER viele Herausforderungen. Aber der Wirtschaftsstandort Deutschland kann auch stark profitieren, wenn ein gesellschaftlicher Konsens hergestellt werden kann, der Akzeptanz schafft und so die Durchführung der notwendigen Maßnahmen, wie beispielsweise den Netzausbau, ermöglicht.

Deutschland kann sich durch die Energiewende einen Vorsprung sichern, der auf energieeffizienten Produktionsprozessen und innovativen Wegen zur Energieeinsparung und -vermeidung aufbaut. Die Nutzung eines breiten Energiemix und bidirektionaler intelligenter Netztechnologien wird so in keinem anderen Land möglich sein. Das hieße dann auch, dass wir hier ein spezifisches Know-How aufbauen, so eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit erreichen und letztlich wiederum Innovationen initiieren, die Deutschland und seinen Unternehmen eine Vorreiterrolle ermöglicht. Es gilt hier aber, auf dem Weg nicht das Ziel aus den Augen zu verlieren und mit Nachdruck auch die kurz- und mittelfristige Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaft im Auge zu behalten.

Impressum

Ansprechpartner:
Henry Borrmann | Referent Wirtschaft und Politik
Tel. 030 300 65-481 | Fax 030 300 65-390
borrmann@familienunternehmer.eu | www.familienunternehmer.eu/energiepolitik

Diese Veröffentlichung ist ein Ergebnis der Unternehmerkommission Energiepolitik unter Vorsitz von Dr. Karl Tack.

Herausgeber:
DIE FAMILIENUNTERNEHMER – ASU e.V.
Berlin, September 2012
Charlottenstraße 24 | 10117 Berlin
www.familienunternehmer.eu
kontakt@familienunternehmer.eu
Tel. 030 300 65-0 | Fax 030 300 65-390

Konzept und Redaktion:
Henry Borrmann (Text), Anja Ciesielski (Gestaltung)
Gestaltung:
LANGEundPFLANZ
Druck:
Werbedruck GmbH Horst Schreckhase
Foto:
Pixel Embargo – Fotolia.com

DIE FAMILIEN UNTERNEHMER

ASU

WWW.FAMILIENUNTERNEHMER.EU